

## **Inhalt**

### **Vorwort**

*Jürgen Karwelat* ..... S. 2

**Protokoll der Mitgliederversammlung** ..... S. 3

### **Endlich: Gedenktafel zur Erinnerung an das Zwangsarbeiterlager in der Wilmersdorfer Wilhelmsaue 40 angebracht!**

*Jürgen Karwelat*..... S. 7

### **Einweihung der Gedenktafel für das Zwangsarbeiterlager des Bezirksamts Wilmersdorf in der Wilhelmsaue, 20.8.2021**

*Cord Pagenstecher* ..... S. 10

### **Auf zu neuen Ufern: mit dem „Fliegenden Holländer“**

*Jürgen Karwelat* ..... S. 14

### **Presseerklärung vom September 2021 nach der Lotto-Entscheidung für den Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber**

*Stadtteilverein Schöneberg e. V.*..... S. 16

### **Darum lässt Bosch eine Stele für Zwangsarbeiter austauschen Gedenktafel in Stuttgart**

*Georg Friedel, Stuttgater Zeitung* ..... S. 19

### **Probleme mit der Verantwortung**

#### **Boschs missglückte Feier zur Einweihung einer Gedenkstele**

*Angela Martin* ..... S. 23

### **Regine Hildebrandt – Frau mit Herz und Schnauze**

*Jürgen Karwelat* ..... S. 26

### **Neu in der Geschichtswerkstatt mit eigenen Projekten, aber offen für Unterstützung**

*Dagmar Giesecke*..... S. 29

### **195 Wehrmachtbilder – Der Versuch einer Einordnung**

*Antoine Bouchez*..... S. 35

### **Kein Verbot von Memorial International**

Protestschreiben der Berliner Geschichtswerkstatt e. V. .... S. 39

### **Neuerscheinung**

alt, weiblich, gefährlich : OMAS GEGEN RECHTS ..... S. 40

## **Vorwort**

*Jürgen Karwelat*

Unsere Aktivitäten leiden weiterhin unter der Coronapandemie. So ist jetzt schon im zweiten Jahr die übliche Weihnachtsfeier für unsere Mitglieder und Freunde Opfer der Seuche geworden. Gern hätten wir mit euch, bei einem Glas Rotwein, Glühwein oder auch alkoholfreiem Bier etwas geplaudert und die allgemeine Lage besprochen. Daraus wird in diesem Jahr leider nichts.

So können wir euch nur berichten, dass wir das Jahr 2021 leidlich überstanden haben. Unsere Veranstaltungsreihe „100 Jahre Groß-Berlin“ ging mit einigen Vorträgen, die wir ins Internet verlegt hatten, zu Ende. Inzwischen liegt die 150 Seiten starke Dokumentation der Veranstaltungsreihe vor, die kostenfrei bei uns abgeholt werden kann. Die „Historischen Stadtrundfahrten mit dem Schiff“ haben 2021 in reduzierter Zahl und mit einem neuen Schiff, dem „Fliegenden Holländer“ stattgefunden. Die Trägerschaft des „Scherben-Festivals“ in Erinnerung an den Sänger Rio Reiser und seine Band Ton Steine Scherben haben wir gut überstanden. Einige Rundgänge und Veranstaltungen konnten wir anbieten. Und im ersten Halbjahr gab es eine Reihe von Radiosendungen, die wir in Zusammenarbeit mit dem Internetradio rockradio.de durchgeführt haben. Mitte November haben wir von dem drohenden Verbot der russischen Organisation MEMORIAL erfahren und sehr schnell einen Protestbrief an die russische Botschaft geschickt. Darüberhinaus haben wir auf der Grundlage von Interviews mit Aktivistinnen der OMAS GEGEN RECHTS zehn Portraits dieser ungewöhnlichen Frauen erstellt und daraus ein Buch gemacht, das derzeit noch im Druck ist. Wir hoffen aber, dass es noch vor Weihnachten von uns angeboten werden kann (falls jemand noch ein Geschenk sucht).

Für das kommende Jahr planen wir eine Veranstaltungsreihe „40 Jahre Berliner Geschichtswerkstatt“, die eigentlich „41 Jahre Berliner Geschichtswerkstatt“ heißen müsste, da unser Verein ja offiziell im Mai 1981 gegründet worden war. Dann wirft auch schon das Jahr 2023 seine Schatten voraus, nämlich der 175. Jahrestag der Revolution von 1848. Am 18. März 1848 ging das Volk von Berlin im wahrsten Sinne für seine Rechte „auf die Barrikaden“. Wir werden an diese Revolution erinnern.

Wir wünschen euch alles Gute, vor allem Gesundheit.

## **Protokoll der Mitgliederversammlung der Berliner Geschichtswerkstatt vom 26. Juni 2021**

### **Tagesordnungspunkte:**

1. Wahl des Versammlungsleiters und der Protokollantin
2. Bericht aus den Projekten und aus der Arbeit des Vorstandes
3. Vorstellung des Kassenberichts und Entlastung des Geschäftsführenden Ausschusses
4. Wahl der Kassenprüferinnen und des Geschäftsführenden Ausschusses
5. Verschiedenes

### **1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Wahl des Versammlungsleiters und der Protokollantin**

Die MVV ist nach § 7 der Vereinssatzung beschlussfähig, da mehr als 10% der Vereinsmitglieder anwesend sind.

Jürgen Karwelat wird zum Versammlungsleiter vorgeschlagen und Sonja Miltenberger zur Protokollantin. Beide werden einstimmig per Handzeichen gewählt.

Die Tagesordnung wird wie ausgeschrieben einstimmig angenommen.

### **2. Berichte aus den Projekten und aus der Arbeit des Vorstandes:**

#### ***Arbeit des Vorstands*** (Bericht Jürgen Karwelat, Andreas Bräutigam)

- Die Vorstandssitzungen fanden/finden seit April 2020 – Corona bedingt – lediglich als Video-Konferenz statt.
- Die Veranstaltungsreihe „Aufbruch aus dem Chaos : 100 Jahre Groß-Berlin“ konnte auch nur zum Teil analog stattfinden, zwei Veranstaltungen wurden per Livestream übertragen, eine Veranstaltung ist ganz ausgefallen, da der Referent im Ausland war und nicht nach Berlin kommen konnte.
- Das Scherben-Festival fand im Juni diesen Jahres statt. Die Zusammenarbeit zwischen der BGW als Träger des Festivals und den Initiatoren gestaltete sich streckenweise recht kompliziert.
- In Zusammenarbeit mit Rockradio.de fanden drei Veranstaltungen statt.
- In Zusammenarbeit mit dem VVN-BdA fand auf dem Bebelplatz am 22. Juni eine Veranstaltung zum Gedenken an den Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion von vor 80 Jahren statt
- Die Broschüre „Treffpunkt Kohlenhandlung. Ein Lern- und Gedenkort für Annedore und Julius Leber“, bei der die BGW Mitherausgeberin ist, ist erschienen und liegt im Laden aus.

***Buchverkauf (Bericht Stefan May)***

- Der Umsatz ist im Vergleich zum Vorjahr lediglich um 100,00 EURO zurückgegangen. Das ist – in Anbetracht der Corona-Pandemie – ein gutes Ergebnis
- Das Niveau der Einnahmen durch den Buchverkauf hat sich in den letzten Jahren gut gehalten. Das liegt vor allen Dingen auch an der guten Schaufenstergestaltung und dem Online-Handel, den Stefan seit vielen Jahren intensiv betreut.
- Stefan gibt noch einmal zu Bedenken, dass ein Kartenlesegerät im Laden sehr hilfreich wäre. Dann folgt eine kurze Diskussion um verschiedene Bezahl-Möglichkeiten.

***Dampfergruppe (Bericht Jürgen Karwelat)***

- Derzeit besteht die Gruppe aus fünf Personen.
- Der neue Eigentümer der Reederei Riedel weigerte sich, die bereits bestehenden Verträge mit der BGW anzuerkennen. Daraufhin hat die BGW auf Schadensersatz geklagt und 4.300,00 EURO vom neuen Besitzer bekommen.
- Die Zusammenarbeit mit der VOC-Reederei (Vereinigte Ostdeutsche Compagnie GmbH)läuft gut. Neuerungen: Das Schiff „Der Fliegende Holländer“ (Der Besitzer ist tatsächlich Holländer) ist kleiner und die Abfahrtsorte sind andere. Der Reeder Koen Mathot ist von den Themenfahrten der BGW sehr angetan.
- Die traditionellen Rio-Reiser-Fahrten konnten im letzten Jahr pandemiebedingt nicht stattfinden. Dieser Umstand führte zu einem Zerwürfnis mit der Band und Sema Binia, die aktuell nicht mehr in der Dampfergruppe mitarbeitet. Die BGW kann in Folge dessen auch keinen Rio-Reiser-Fahrten mehr anbieten.

***Geschichtswerkstatt Lichtenrade (Bericht Andreas Bräutigam)***

- Die Info Stele zum Außenlager von Sachsenhausen am Bornhagenweg ist leider noch nicht eingeweiht. Der vorgeschlagene Text wurde in der Gedenktafelkommission abgestimmt (18.08.2020), im Kulturausschuss als Empfehlung an die BVV beschlossen (03.09.2020) und in der BVV einstimmig beschlossen (16.09.2020). Die Erstellung, Errichtung und Einweihung der Stele steht noch aus. Sie soll im mittlerweile beschlossenen Design der Tempelhof-Schöneberger Gedenktafeln umgesetzt werden.
- Eine durch das Büro des Abgeordneten der LINKE Tempelhof-Schöneberg Harald Gindra organisierte historisch-antifaschistische Fahrrad-Tour durch Marienfelde fand im Sommer 2020 im Rahmen des Jubiläums 800 Jahre Marienfelde statt. Eine zweite ist für den 21.08.2021 geplant. Die Geschichtswerkstatt Lichtenrade ist an beiden Touren zum Thema Außenlager Marienfelde beteiligt.

- Der VHS-Rundgang zu den Stolpersteinen in Lichtenrade findet am 04.09.2021 statt und wird durch Mitglieder der Geschichtswerkstatt Lichtenrade durchgeführt.

**Projekt NS-Zwangsarbeit** (Bericht: Jürgen Karwelat, Gisela Wenzel, Angela Martin)

- Das Material aus der jahrelangen Forschungsarbeit der Zwangsarbeiter-AG wird nun in das Eigentum des Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit überführt. Der entsprechende Vertrag wird derzeit diskutiert.
- Eine festangestellte Archivarin (Museologin) im DZ, schafft die professionellen Voraussetzungen dafür.
- Anlässlich des 15-jährigen Bestehens des DZ ist eine Publikation geplant, für die Gisela Wenzel und Cord Pagenstecher Beiträge über die Vorgeschichte (Entdeckung des Lagers in Schöneweide) liefern werden.
- Das Projekt NS-Zwangsarbeit war bislang, im politischen Sinne, das erfolgreichste in der Geschichte der BGW.
- Jürgen befürwortet eine Loslösung des Dokumentationszentrums von der Topografie des Terrors.
- Angela informiert über die Errichtung einer Info-Steele zur NS-Zwangsarbeit bei Bosch in Stuttgart.

**3. Vorstellung des Kassenberichts durch den Vorstand, Bericht der die Kassenprüferinnen und Entlastung des Geschäftsführenden Ausschusses**

Die Kassenprüferinnen haben ihre Anmerkungen dem Kassenbericht beigelegt. Hierin wird den Projekten generell eine gute Abrechnungsarbeit bescheinigt. Die Kassenprüferinnen empfehlen, den Vorstand zu entlasten. Jürgen stellt die Beschlussfähigkeit für die Abstimmungen fest. Der Geschäftsführende Ausschuss (Vorstand) wird in einer offenen, verbundenen Einzelabstimmung einstimmig entlastet.

**4. Wahl der Kassenprüferinnen und des Geschäftsführenden Ausschusses**  
**Wahl der Kassenprüferinnen**

Christa Caspar und Isolde Ahlgrimm stellen sich wieder zur Wahl. Beide werden in einer offenen verbundenen Einzelabstimmung einstimmig als Kassenprüferinnen gewählt.

**Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses (Vorstand)**

Alle derzeitigen Vorstandmitglieder – außer Sema Binia - stellen sich wieder zu Wahl. Es gibt keine neue Kandidatur.

In offenen Einzelabstimmungen werden Jürgen Karwelat und Gertrud Fischer-Sabrow einstimmig gewählt. Peter Lassau, Elke Mocker und Sonja Miltenberger werden mit einer Enthaltung gewählt. Damit besteht der neue Vorstand aus folgenden Personen:

Dr. Andreas Bräutigam  
Gertrud Fischer-Sabrow  
Jürgen Karwelat  
Peter Lassau  
Sonja Miltenberger  
Dr. Elke Mocker.

## 5. Verschiedenes

- Im Rahmen der Übergabe der Archivalien an das DZ sind ca. 300 Publikationen aus der Bibliothek zum Thema NS-Zwangsarbeit dem DZ zugegangen.
- Das Kompetenzzentrum zur Bestandserhaltung bei der Zentral- und Landesbibliothek Berlin hat im Rahmen des Projekts „Landeskonzept für den Originalerhalt des schriftlichen Kulturguts in Berlin“ eine Erhebung durchgeführt. Die BGW hat sich daran beteiligt. Erste Ergebnisse werden noch in diesem Jahr erwartet.
- Sonja berichtet kurz über den Stand der Dinge des Publikationsprojekts „alt, weiblich, gefährlich“ - Porträts von Aktivistinnen der Bewegung OMA GEGEN RECHTS und zum Film-Projekt „Grabe wo du stehst“ oder „Lust auf Geschichte“. Beides ist in Arbeit.
- Gisela berichtet über das erfolgreiche Praktikum von Martha, das sie im Wesentlichen begleitet hat. Martha hat den Teilnachlass von Alfred Davidsohn archiviert, eine Kurzbiografie geschrieben und die Verlegung eines Stolpersteins angeregt.
- Der Einsatz im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes ist wegen der Pandemie noch unklar. Marita wird sich im nächsten Jahr für einen Einsatz in der BGW bewerben.
- Die Termine für die Rundgänge in Zusammenarbeit mit der VHS Schöneberg werden ab Herbst feststehen.
- Aufgrund der dünnen „Personaldecke“ können nicht alle Ladendienste abgedeckt werden. Derzeit fahren wir „auf Sicht“.
- Andreas berichtet über die lokale Gruppe der VVN-BdA Tempelhof, die momentan ist Gründung ist. Er wird den Kontakt zu dieser Gruppe halten.

Berlin, am 26. Juni 2021

Sonja Miltenberger (Protokollantin)



## **Endlich: Gedenktafel zur Erinnerung an das Zwangsarbeiterlager in der Wilmersdorfer Wilhelmsaue 40 angebracht!**

*Jürgen Karwelat*

Wieder ein Langzeitprojekt der Berliner Geschichtswerkstatt zu Ende gebracht! Die am 20. August 2021 eingeweihte Gedenktafel, die an das vom Bezirksamt Wilmersdorf im Zweiten Weltkrieg betriebene Zwangsarbeiterlager erinnert, ist ein Paradebeispiel dafür, dass wir für einige Projekte einen langen Atem haben müssen. Im Rundbrief 1/2015 und 2/2016 hatten wir schon über das Projekt und die Schwierigkeiten seiner Durchführung berichtet.

Der Historiker Dr. Michael Roeder hatte im Jahr 2014 Belege gefunden, dass das Wilmersdorfer Bezirksamt in der Wilhelmsaue 40 ein „städtisches Ausländerlager für Arbeitsleistungen im Verwaltungsinteresse“ betrieben hatte. Ein Papier des damaligen Gesundheitsamtes des Bezirks führte für diesen Ort die Zahl von 18 Arbeitern auf, die verschiedene Nationalitäten hatten. Wie sich später herausstellte, kamen die meisten von ihnen aus Polen und Jugoslawien. Das Lager bestand spätestens ab Herbst 1942.

Im Februar 2015 fasste das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf den Beschluss, die bezirkliche Gedenktafelkommission zu bitten, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Es folgten kurvenreiche, manchmal skurrile Diskussionen in der Gedenktafelkommission und auch dem bezirklichen Kulturausschuss über die Frage, ob die vorgelegten Dokumente belegen können, dass sich an der heutigen Adresse Wilhelmsaue 40 ein Zwangsarbeiterlager befand und vor allem, ob dieses Lager in der Verantwortung des Bezirks Wilmersdorf geführt wurde.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf hatte sich frühzeitig und intensiv für eine zügige Anbringung der Tafel eingesetzt. Zweifel an Ort und Charakter des Lagers wurden vor allem von SPD und CDU vorgebracht, teilweise mit dem abwegigen Hinweis, dass das Zwangsarbeiterlager nicht im öffentlichen Adressverzeichnis aufgeführt sei. Die Geschichtswissenschaftler Rürup und Benz äußerten sich eindeutig.

Erst eine glasklare Stellungnahme der Leiterin des Dokumentationszentrums NS Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide, Frau Dr. Christine Glauning, veranlasste die Bezirksverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 18. Mai 2017 zu einem sehr allgemeinen Beschluss zur Anbringung einer Gedenktafel. Der Kulturausschuss diskutierte erneut am 13. Juni 2017, allerdings mit einem verblüffenden Ergebnis.

Ein von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachter Kompromissantrag, der die genaue Adresse Wilhelmsaue 40 nannte, wurde während der Sitzung auf Initiative der SPD-Fraktion durch Streichung der „40“ verändert, da am Tag zuvor bei der Kulturstadträtin ein Schreiben von einem Bürger eingegangen sei, dass es ein Zwangsarbeiterlager in der Wilhelmsaue 43-46 gegeben habe. Dies nahm die SPD-Fraktion zum Anlass, den Standort Wilhelmsaue 40 erneut in Zweifel zu ziehen. Die „40“ wurde mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und AfD gegen den Protest von Bündnisgrünen und Linken gestrichen. Wegen der unverantwortlichen Verzögerungstaktik schritt im Dezember 2017 die Berliner Geschichtswerkstatt zur Selbsthilfe und brachte auf eigene Initiative eine provisorische Tafel in der Wilhelmsaue 40 an. Diese provisorische Tafel hing, sehr offiziell aussehend, bis zu ihrem Austausch der vom Bezirk finanzierten Tafel.

Weitere Jahre vergingen, in denen Dokumente gefunden wurden, die sowohl den Ort als auch die Verantwortlichkeit des damaligen Bezirksamts belegten. Schließlich fand sich sogar ein Schriftstück im Archiv des bezirkseigenen Museums Charlottenburg-Wilmersdorf. In der Telefonliste der Bezirksverwaltung, Stand Juli 1944, ist das Lager aufgeführt als „Ausländerlager Wilm. Wilhelmsaue 39/40“, aufgelistet zwischen Abrechnungs- und Auskunftsstellen, Baupolizei und Betriebskrankenkasse.

Cord Pagenstecher, Vereinsmitglied und ausgesprochener Experte der Geschichte der Zwangsarbeit, nahm sich der Sache an und verfasste einen längeren Aufsatz über das Lager in der Wilhelmsaue und in Wilmersdorf im Allgemeinen. Erst dieser Aufsatz, in Verbindung mit dem bezirkseigenen Fund, überzeugte schließlich auch die Skeptiker, dass an diesem Ort ein vom Bezirksamt geleitetes Zwangsarbeiterlager bestanden hatte. Der Aufsatz ist unter dem Titel **„Zwangsarbeit für Wilmersdorf. Das Ausländerlager des Bezirksamts Wilmersdorf im Kontext der nationalsozialistischen Zwangsarbeit in einem Berliner Bezirk“** im Jahrbuch 2020 des Landesarchivs Berlin erschienen.



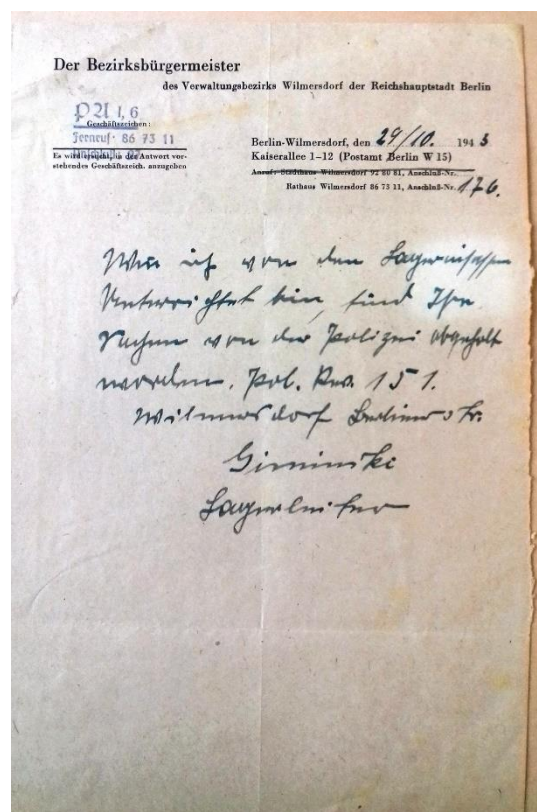
In der Diskussion um den konkreten Tafeltext ging es insbesondere um die eigenständige Verantwortung des Bezirks. Da auch ein Schriftstück mit dem Briefkopf des Wilmersdorfer Bürgermeisters gefunden worden war, das von dem „Lagerleiter Kaminski“ unterzeichnet war, schlug der Verfasser dieses Artikels die Formulierung „ein vom Bezirksamt Wilmersdorf **geleitetes** Zwangsarbeiterlager“ vor, was schließlich einstimmig angenommen wurde.

So stellte sich bei der Einweihung der offiziellen Tafel am 20. August 2021 die Kulturstadträtin Heike Schmitt-Schmelz der Tatsache, dass sich die kommunale Verwaltung im Zweiten Weltkrieg aktiv mit einem eigenen Lager an der Ausbeutung der Zwangsarbeiter beteiligt hat. Bei der Einweihungsfeier erläuterte unser Vereinsmitglied Dr. Cord Pagenstecher, dass dieses nur eines von vielen Zwangsarbeiterlagern in Wilmersdorf war. Im Kriegsverlauf lebten in Wilmersdorf vermutlich über 25.000 Zwangsarbeiter\*innen, etwa ein Fünftel der damaligen Bevölkerung, vor allem in den großen Lagern im Grunewald.

Als nächstes Projekt zur Erinnerung an die Zwangsarbeit in Wilmersdorf wird in den nächsten Monaten vor dem Haus Wallenbergstraße 13 eine Stele aufgestellt. Dort befand sich im Zweiten Weltkrieg ein großes Zwangsarbeiterlager der Weser Flugzeugbau Gesellschaft. Für Charlottenburg wird noch ein entsprechender geeigneter Standort gesucht.

Der Text der Gedenktafel lautet:

***An diesem Ort befand sich im Zweiten Weltkrieg ein vom Bezirksamt Wilmersdorf geleitetes Zwangsarbeiterlager. Über 50 Menschen aus Polen, Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Frankreich und den Niederlanden waren hier untergebracht. Die Bezirksverwaltung Wilmersdorf setzte sie bei der Trümmerbeseitigung und anderen kommunalen Aufgaben ein. Zwangsarbeit war Teil der national-sozialistischen Kriegswirtschaft und im Berliner Alltag unübersehbar.***



Quelle: Landesarchiv Berlin

## **Einweihung der Gedenktafel für das Zwangsarbeiterlager des Bezirksamts Wilmersdorf in der Wilhelmsaue, 20.8.2021**

*Cord Pagenstecher*

Anlässlich der Einweihung der Gedenktafel möchte ich Ihnen einige Informationen über das Zwangsarbeiterlager des Bezirksamts Wilmersdorf in der Wilhelmsaue 40 geben. Wir stehen hier vor einem Neubau aus den 1960er Jahren; von dem damaligen Lager des Bezirksamts sieht man nichts. Auf dem Grundstück befand sich vorne eine Kindertagesstätte, ein freistehendes, einstöckiges Fachwerkhaus mit großem Hauptraum, und am rechten Grundstücksrand ein Depot der kommunalen Straßenreinigung, ein zweistöckiges schmales Gebäude. Vermutlich waren die Zwangsarbeiter in dem großen Saal des ehemaligen Kindergartens untergebracht – wir kennen viele solcher Saallager in Berlin. In den Außenbezirken Berlins waren die Zwangsarbeiterlager eingezäunte Barackenkomplexe, in den Innenstadtbezirken jedoch meist improvisiert umgenutzte vorhandene Gebäude: Gaststätten und Kinos, Dachböden und Kohlenkeller, Wohnungen und Schulgebäude.



Hier betrieb das Bezirksamt Wilmersdorf spätestens ab Herbst 1942 ein Lager für ausländische Arbeitskräfte. Im Adressenverzeichnis der Bezirksverwaltung ist das Ausländerlager aufgelistet, unter Buchstabe A zwischen Abrechnungs- und Auskunftsstellen, Baupolizei und Betriebskrankenkasse. Verschiedene bezirkliche Dienststellen bedienten sich der dort untergebrachten Zwangsarbeiter selbständig, bis der Bürgermeister dies unterband und verfügte, dass die Zuweisung zukünftig durch einen Stadtoberinspektor vom Personalamt erfolge; jeder Arbeitseinsatz müsse drei Tage im Voraus beantragt werden.

Dr. Cord Pagenstecher während seiner Rede anlässlich der Gedenktafeleinweihung, 20.8.2021, Foto: Jürgen Karwelat

Seit Kriegsbeginn setzte der Bezirk neben den jüdischen Zwangsarbeiter\*innen auch Ausländer\*innen für kommunale Arbeiten ein. Sie arbeiteten vor allem für die Stadtgärtnerei, die Straßenreinigung, die Schneebeseitigung, Friedhofsarbeiten und das Krankenhaus. Ohne den Einsatz von Zwangsarbeiter\*innen wäre nicht nur die Rüstungsindustrie, sondern auch die öffentliche Versorgung zusammengebrochen. Vor allem übernahmen die Zwangsarbeiter\*innen die Aufräumarbeiten nach Luftangriffen. Über diese gefährliche Arbeit informiert ein Erinnerungsbericht aus Polen. 1989-1991 bat Józef Rosinski den Internationalen Suchdienst wiederholt um eine Bestätigung seiner Zwangsarbeit für den Bezirk Wilmersdorf, um dafür eine Entschädigung zu erhalten oder wenigstens diese Zeit für die Rente anrechnen zu lassen.

Anfang 1943 wurde Józef Rosinski aus Nowy Sącz im Generalgouvernement zum Arbeitsamt vorgeladen und unter Polizeibewachung nach Berlin transportiert. Im Durchgangslager, vermutlich Berlin-Wilhelmshagen, wählte ihn ein Bezirksamtsmitarbeiter aus und brachte ihn mit der U-Bahn hierher. Im Lager, so Józef Rosinski, „bekamen wir einheitliche Kleidung der Magistratsarbeiter, graue Drillchuniform, Mützen mit weißer Umrandung, Holzschuhe, an der linken Seite aufgenähter Buchstabe ‚P‘. Wir waren ständig bewacht.“

Die Arbeit bestand in der Bergung von Leichen nach Bombenangriffen, in der Lieferung von Lebensmitteln für die Ausgebombten, im Möbeltransport und in der Entrümmerung von Straßen. „Unsere Arbeitszeit war nicht begrenzt, öfters bis zu 14 Stunden, je nach Lage und Bedarf. [...] Unsere Arbeit [...] war sehr schwer, für mich 15-Jährigen völlig erschöpfend [...]. Ich bin jetzt ein 60-jähriger, sehr kranker Mann und die ärgsten Folgen trage ich die ganzen Jahre in meiner Psyche. Bis heute schrecke ich in der Nacht auf, in Schweiß gebadet, träume und sehe vor meinen Augen die endlosen Bombenangriffe, Sirenen und Schreie ...“ 1994 starb Józef R.; die im Jahr 2000 beschlossene Zwangsarbeiter-„Entschädigung“ hat er nicht mehr erlebt.

Über die anderen hier untergebrachten Menschen ist wenig bekannt. Zu lange hat sich niemand für ihr Schicksal interessiert, wurden Dokumente entsorgt, wurde nicht nach Zeitzeugen gesucht. Immerhin kennen wir die Namen von mindestens 51 Zwangsarbeitern, die hier registriert waren. Wichtigste Quelle dafür sind Namenslisten von nach Deutschland verschleppten Ausländern, die auf Befehl der Alliierten kurz nach Kriegsende von deutschen Behörden und Firmen erstellt wurden, konkret hier vom örtlichen Polizeirevier aufgrund der dort geführten Meldekarteien.

Im Lager Wilhelmsaue lebten im Kriegsverlauf mindestens 25 Polen, 14 Jugoslawen, wohl mehrheitlich Serben, ein Tschechoslowake, neun Franzosen, eine Französin und eine Holländerin. Die meisten waren junge Männer Anfang 20, neun dagegen noch Jugendliche.

Über einige der Lagerinsassen gibt es weitere Unterlagen. Ein Franzose leistete vor der Wilhelmsaue Zwangsarbeit im Siemens-Dynamowerk Berlin. Ein junger Familienvater aus Paris hatte sich für sechs Monate nach Deutschland gemeldet, musste dann aber bis Kriegsende in Berlin bleiben. Ein polnischer Ukrainer fiel kurz vor Kriegsende einem Bombenangriff zum Opfer; am 12. April 1945 wurde er in den Trümmern eines Hauses in der nahegelegenen Mannheimer Straße verschüttet. Zwei in dem Lager untergebrachte Menschen fanden zueinander. Im März 1945 heiratete eine Reinemachefrau aus Rotterdam einen serbischen Tischlergesellen. Ihr Ende April in Berlin geborener Sohn starb allerdings bereits im Juni 1945 in Rotterdam – auch er war ein Opfer der Zwangsarbeit für den Bezirk Wilmersdorf.



Dieses Lager war nur eines von vielen Zwangsarbeiterlagern in Wilmersdorf.

Im Kriegsverlauf lebten in Wilmersdorf vermutlich über 25.000 Zwangsarbeiter\*innen, etwa ein Fünftel der damaligen Bevölkerung, vor allem in den großen Lagern im Grunewald.

Sie arbeiteten etwa bei der Reichsbahn, der Organisation Todt, den Firmen Blaupunkt, Auto-Union, Lenz und Buthenuth oder als Haushaltshilfen in den Wohnungen von Bürgertum und NS-Eliten.

Der Aktivist Dr. Michael Röder und die Kulturstadträtin Heike Schmitt-Schmelz haben gemeinsam die Tafel enthüllt,  
Foto Jürgen Karwelat

Mehr noch als andere nationalsozialistische Massenverbrechen fand die Zwangsarbeit direkt vor der Haustür statt.

Die Zwangsarbeiter\*innen waren Teil der alltäglichen Berliner Kriegsgesellschaft, auch wenn sie nicht zur „Volksgemeinschaft“ gehörten. Einen Überblick über die vielen Lager und Einsatzorte in Wilmersdorf gibt demnächst eine Informationstafel beim ehemaligen Weserfluglager in der Wallenbergstraße am Volkspark.

Hier in der Wilhelmsaue trug nicht ein Rüstungskonzern, nicht SS, Gestapo oder Wehrmacht die Verantwortung für nationalsozialistisches Unrecht, sondern die öffentliche Verwaltung in Form des Bezirksamts Wilmersdorf. Für diese „eigene“ Zwangsarbeit hat der Bezirk eine besondere historische Verantwortung, die diese Gedenktafel nun ausdrückt.

Diese Gedenktafel ist wichtig; die Erinnerung gilt hier konkreten Personen an einem konkreten Ort. Sie sollte aber nicht den Abschluss der Erinnerungsarbeit bilden, sondern Anstoß sein für Rundgänge, Bildungsprojekte und digitale Vermittlungsformen. Die in den letzten Jahrzehnten mühsam erstrittene Erinnerung an die NS-Zwangsarbeit ist in der Gesellschaft nicht gesichert. Ein kritisches Bewusstsein gegenüber ökonomischer Ausbeutung und rassistischer Diskriminierung gestern und heute muss immer wieder neu erarbeitet, diskutiert und eingefordert werden.

Schon 1992 schrieb der damalige Bürgermeister Horst Dohm: „Wir müssen uns der Erkenntnis stellen: Ohne die Mitarbeit der Kommunalverwaltung hätte der Nationalsozialismus seine menschenverachtenden Ziele nicht in die Tat umsetzen können. [...] Erschreckend ist, wie schnell die Bezirksverwaltung sich auf die neue Situation 1933 eingestellt hat, wie reibungslos sie im Nationalsozialismus funktioniert hat, mit welcher Selbstverständlichkeit Verwaltungsvorgänge erledigt wurden, die Ausgrenzung und Entrechtung von Menschen bedeuteten. [...] Gerade angesichts der Welle rechtsradikaler Gewalt in Deutschland und eines barbarischen Antisemitismus [...] ist Erinnerung notwendig.“

Heute, fast 30 Jahre später, trifft diese Einschätzung leider mehr denn je zu.



## **Auf zu neuen Ufern: mit dem „Fliegenden Holländer“**

*Jürgen Karwelat*

Die Dampfergruppe hat mittlerweile das stattliche Alter von 37 Jahren erreicht. Von Anfang an dabei: der Unterzeichner und die braune Kasse. Nach fast genauso vielen Jahren mussten wir uns im vergangenen Jahr von unserem Geschäftspartner, der Reederei Riedel trennen, da uns der neue Eigentümer der Reederei, Uwe Fabich, die Erfüllung der geschlossenen Verträge verweigert hatte. So haben wir uns in der Vorsaison vorübergehend eine andere Reederei suchen müssen und Herrn Fabich auf Schadensersatz verklagt. Anfang 2021 erhielten wir die freudige Mitteilung, dass unsere Klage vor dem Amtsgericht Mitte auf 3.700 Euro Schadensersatz erfolgreich war, für Uwe Fabich sicherlich nur ein Griff in die Portokasse. Kürzlich war in der Presse zu lesen, dass er den Veranstaltungsort Postbahnhof, den er 2016 gekauft und dann das Veranstaltungsprogramm gestoppt hatte, im Januar 2019 mit dem hohem Gewinn von 98 Mio. Euro an einen Immobilienfonds weiterverkauft hat. Der Leerstand scheint sich ausgezahlt zu haben.

Erfolgreich war auch die Suche nach einer neuen Reederei. So sind wir die Saison 2021 mit unserem neuen Schiff, dem „Fliegenden Holländer“ gefahren. Das Schiff heißt nicht nur so, es gehört auch einem schon sehr lange in Berlin lebenden Holländer, der sich glücklicherweise auch für Berliner Geschichte interessiert und an mehreren Fahrten als Zuhörer teilgenommen hat.



Die Moderator\*innen Peter Lassau, Jürgen Karwelat  
und Gertrud Fischer-Sabrow  
Foto: Erika Hausmann

Nachdem uns im Jahr 2020 Sema Binia im Streit über die Durchführung (oder vielmehr die Nichtdurchführung) der Rio-Reiser-Fahrten verlassen hatte und die „Scherben“ bei unserem Prozessgegner Uwe Fabich angeheuert haben, schrumpfte unsere Gruppe auf fünf Personen zusammen. Bis in den August 2021 waren wir im Übrigen damit beschäftigt, die im Jahr 2020 eingenommenen Gelder für die Rio-Reiser-Fahrten zurückzuzahlen. Auch jetzt kommen noch überraschend Nachzügler, denen wir das schon eingenommene Geld zurückzahlen müssen.



„Der Fliegende Holländer“ unter der Thielenbrücke in Kreuzberg,  
Foto: Erika Hausmann

Das Schrumpfen unserer Gruppe und die Tatsache, dass wir 2021 auch noch einschränkenden Corona-Bedingungen unterlagen, führten dazu, dass wir in diesem Jahr mit 13 Fahrten nur noch etwa die Hälfte der bis 2019 durchschnittlich 26 Fahrten durchgeführt haben, wobei die verschiedenen Abendfahrten besonders beliebt waren. Unsere Themenfahrten waren wieder „Ab durch die Mitte“, „Litera-Tour“, „100 Jahre Groß-Berlin“, „Einwanderungsstadt Berlin“ und die „Mauerfahrt“. Finanziell sind wir „mit einem blauen Auge“ davon gekommen und haben ungefähr genauso viel ausgegeben wie wir eingenommen haben. Im Jahr 2022 soll es über Landwehrkanal und Spree durch die Berliner Geschichte weiter gehen. Dann hoffentlich wieder mit Markus Seifert am Büchertisch, denn Markus liegt leider, während ich diese Zeilen schreibe, im Krankenhaus. Wir hoffen alle auf Besserung und Gesundheit.

## **Stadtteilverein Schöneberg e. V.**

**Ein weiterer Schritt auf einem langen Weg: Lottoausschuss stellt 350.000 € für die Herrichtung des Lern- und Gedenkortes auf dem Gelände der ehemaligen Kohlenhandlung in Aussicht:**

Mit Spannung erwarteten die ehrenamtlichen Mitglieder des Arbeitskreises „Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber“ die Entscheidung des Lotto-Ausschusses im: Um so größer war dann die Freude, als endlich der Bescheid da war.

Für die Herrichtung des Gebäudes der ehemaligen Kohlenhandlung von Annedore und Julius Leber werden bis zu 350.000 € zur Verfügung gestellt, vorbehaltlich der Erfüllung einiger kleinerer Auflagen und des positiven Ergebnisses einer Prüfung der Realisierbarkeit unseres Vorhabens durch die Senatsverwaltung für Bauen und Wohnen und die Erteilung einer Baugenehmigung durch das Bezirksamt Tempelhof Schöneberg. Die Planungskosten werden in jedem Falle übernommen, und so kann es jetzt losgehen, mit der Beauftragung der Architekten und den Vorbereitungen für den Start.

2012 gründete sich der Arbeitskreis Annedore und Julius Leber: engagierte Nachbar\*innen, Historiker\*innen, Künstler\*innen, Mitglieder des Stadtteilverein Schöneberg und der Berliner Geschichtswerkstatt setzten sich dafür ein, das Gebäude der ehemaligen Kohlenhandlung zu erhalten. Regelmäßig trifft man sich seither am 2. Mittwoch im Monat, zur Arbeit am Konzept, zur Vorbereitung von Veranstaltungen und Veröffentlichungen. Auch die Grundlagen für den Antrag bei der Lottostiftung wurde so erarbeitet: Jetzt war es soweit, der Antrag war mehrfach überarbeitet und neu eingereicht worden, fachliche Stellungnahmen eingeholt. Die Mitglieder des Arbeitskreises freuen sich über die kommenden Aufgaben, die Mitarbeiter\*innen im Stadtteilzentrum des Stadtteilvereins Schöneberg (gefördert aus dem IFP Stadtteilzentren) unterstützen und begleiten das ambitionierte Projekt.

Auf dem Gelände der ehemaligen Kohlenhandlung in der Torgauer Straße entsteht der „Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber.“

Hier wird an das Leben der beiden Widerstandskämpfer erinnert, sich mit ihrer Arbeit und ihrem Werk beschäftigt. Aber es soll auch ein Ort sein, um sich mit der lokalen Geschichte auseinanderzusetzen, für Begegnung und Nachbarschaft, vor allem aber ein Ort des gemeinsamen Lernens für ein demokratisches Miteinander, mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen,



„alten“ und „neuen“ Berliner\*innen aus aller Welt, ein Platz für die Entwicklung von Methoden und Strategien, die es möglich machen, auch diejenigen einzubeziehen, dies sich gar nicht so leicht für diese Themen gewinnen lassen.

Der authentische Ort des Widerstandes und der politischen Arbeit von Annedore und Julius Leber eignet sich als Ausgangspunkt für alle diese Vorhaben.

Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg hat einen Nutzungsvertrag für das Gelände und Gebäude mit dem Stadtteilverein Schöneberg abgeschlossen. Seitdem pflegt der Arbeitskreis das Gelände und präsentiert jährlich wechselnde „Ausstellungen am Gartenzaun“, die sich Parkbesucher gerne anschauen. Die Ausstellungen befassten sich mit den Biographien der Lebers, mit ihrem Netzwerk im Widerstand, mit den Besuchern der Kohlenhandlung, und derzeit mit einem Werk aus Annedore Leber Mosaik Verlag aus den sechziger Jahren, das sich mit den Beiträgern jüdischer Bürger in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen beschäftigt.

Aus den Ausstellungen heraus wurde eine Broschüre erarbeitet, die beim Stadtteilverein Schöneberg und bei der Berliner Geschichtswerkstatt und in einigen Buchhandlungen in der Umgebung erworben werden kann: Hier sind die Ergebnisse der umfangreichen Recherchen der Mitglieder des Arbeitskreis dokumentiert, die Arbeit der letzten 9 Jahre zusammengefasst, Veranstaltungen dokumentiert, Biographien und die Geschichte der Kohlenhandlung festgehalten, und nicht zuletzt das Konzept für die künftige Gestaltung und Nutzung niedergelegt.

Für den Unterhalt des künftigen Lern und Gedenkortes Annedore und Julius Leber hat der Stadtteilverein Schöneberg e.V. ein nachhaltiges Finanzierungskonzept für ein dauerhaften Crowdfundings entwickelt. Bereits jetzt unterstützen knapp 50 Förderer\*innen das Vorhaben durch regelmäßige kleine finanzielle Beiträge und finanzieren die schon jetzt anfallenden Unterhaltskosten und einen Teil der notwendigen „Eigenmittel“.



Nach den Umbauarbeiten, 2016

Foto: Egon Zweigart

Der Stadtteilverein Schöneberg e.V. ist seit mehr als 40 Jahren in Schöneberg als Träger von Nachbarschaftsangeboten, Stadtteilzentrum, Kinder- und Jugendtreffs, kleinen Kindertagesstätten und zahlreichen Angeboten für alle Nachbar\*innen, für Arbeitslose, Migrant\*innen, Frauen, ältere Menschen, Familien, mit soziokulturellen Angeboten engagiert. Das vom Verein ausgerichtete Crellefest wird seit mehr als 40 Jahren regelmäßig gefeiert, viele Nachbar\*innen nutzen die Angebote und schätzen die Möglichkeit, dass Menschen aus aller Welt sich hier begegnen können.

Wir bedanken uns bei der Bürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg Angelika Schöttler, die wesentlich dazu beigetragen hat, die Voraussetzungen für die Antragstellung zu schaffen. Wir freuen uns, sie heute hier zu begrüßen.

Unterstützung fanden wir auch bei Stadtrat Jörn Oltmann und vielen in der Kommunalpolitik in Tempelhof-Schöneberg engagierten Politiker\*innen, die uns mit Rat und Tat und Einsatz begleiten. Auch Ihnen gilt unser herzlicher Dank. Ebenso den vielen Einzelpersonen, Fachleuten, Historiker\*innen und engagierten Menschen, die alle dazu beitragen, dass wir jetzt in die Realisierungsphase unseres Vorhabens einsteigen können. Dank gilt auch besonders unserer Kooperationspartnerin, der Berliner Geschichtswerkstatt, die uns von Anfang an tatkräftig und fachlich unterstützt und begleitet. Wir bedanken uns bei den Mitgliedern des Arbeitskreises, die mit uns den langen Atem hatten, und mit denen wir jetzt die nächste große Etappe, das anstehende Prüfverfahren, auf dem Weg zum Lern- und Gedenkort angehen können.

Weitere Informationen sind in unserer Broschüre (Treffpunkt Kohlenhandlung, Hrsg. Arbeitskreis Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber) zu finden, weitere auf unserer Website [www.gedenkort-leber.de](http://www.gedenkort-leber.de)

Ansprechpartnerin: Annette Maurer-Kartal, Telefon 0160-1201003

Stadtteilverein Schöneberg e.V./ Stadtteilladen Halk Kösesi, Crellestraße 38, 10827 Berlin, Telefon 030-78704050

Hier noch ein Hinweis auf einen Artikel aus dem Paperpress-Newsletter, einem Periodikum des Paper Press Vereins für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., zur Geschichte der Kohlenhandlung und zum Arbeitskreis Annedore und Julius Leber vom 22. September 2021.

[https://www.paperpress-newsletter.de/pdfs/593\\_september\\_2021/593-33%20-%2022.09.2021%20-%20Mehr%20als%20eine%20Kohlenhandlung.pdf](https://www.paperpress-newsletter.de/pdfs/593_september_2021/593-33%20-%2022.09.2021%20-%20Mehr%20als%20eine%20Kohlenhandlung.pdf)

STUTTGARTER ZEITUNG Stellen Immo Sonderthemen Anzeigen Shop mehr... [Abonnieren](#)  [ZGS.de](#)

**Digitale Zeitung**

Stuttgart Region BW Politik Wirtschaft Sport Panorama Kultur Wissen StZ Plus  
Reise Genuss & Leben 

[Suche](#) 

---

 > [Stuttgart](#) > **Gedenktafel in Stuttgart: Darum lässt Bosch eine Stele für Zwangsarbe**

Gedenktafel in Stuttgart

## Darum lässt Bosch eine Stele für Zwangsarbeiter austauschen



Anwesenheit bei der Einweihung der Stele zum Gedenken der Bosch-Zwangsarbeiter vor Tor 1: Andreas Hiebel, Roland Saur, Hildegard und Heinz Wienand, Jacek Zatrieb, Alfred Löckle, Werner Quirant und Dietrich Kuhlitz (v.l.) *Foto: /riedel*

Vor dem Bosch-Tor 1 in Stuttgart Feuerbach erinnert eine Stele an das Leid und Unrecht, das den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern dort während der Nazi-Zeit widerfahren ist. Doch die Stele wird nun wieder abgebaut - weil vier Worte fehlen.

## Von Georg Friedel

05.08.2021 - 14:42 Uhr

E-Mail Facebook Twitter LinkedIn Flipboard Pocket Drucken

Stuttgart - Die nagelneu gefertigte Gedenktafel steht voraussichtlich nicht mehr lange vor dem Haupteingang der Firma Bosch in Feuerbach. Die am Montag eingeweihte Stele aus Stahl wird eingestampft und ersetzt durch eine neu in Auftrag gegebene Tafel an gleicher Stelle mit gleicher Optik. Wozu der Aufwand? Grund für den Austausch ist, dass im Originaltext auf der ersten Stele, dessen endgültiger Wortlaut ursprünglich mit den Initiatoren des Projektes – dem Ehepaar Heinz und Hildegard Wienand aus Feuerbach – abgesprochen war, am Ende vier Worte fehlten. Auf die legt das Ehepaar Wienand allerdings sehr großen Wert: Es dreht sich um den Passus „teilweise unter menschenunwürdigen Umständen“, unter denen die Zwangsarbeiter zwischen 1939 und 1945 auch bei Bosch wie in vielen anderen Betrieben gelebt und gearbeitet haben.

### „Bedauerlicher Fehler“

Dass es in den verschiedenen Bosch-Werken durchaus größere Unterschiede bei der Behandlung gab, impliziert das Wort „teilweise“. Warum, wann und wo diese für die historische Einordnung der Zwangsarbeit während der Nazi-Zeit wichtige Wortsequenz aus dem ursprünglich vereinbarten Stelen-Text verschwunden ist oder möglicherweise im Laufe des boschinternen Abstimmungsprozesses wieder herausgenommen wurde, bleibt unklar. Fest steht: Die Kürzung um den ominösen Passus sei „versehentlich“ geschehen, teilt eine Bosch-Sprecherin mit: „Leider ist uns dieser bedauerliche Fehler bei der Beauftragung unterlaufen.“ Den Dienstleister treffe keinerlei Schuld. Und beim Ehepaar Wienand habe man sich für den ärgerlichen Lapsus bereits entschuldigt.

### Große Aufregung

Das Feuerbacher Ehepaar sieht den Fehler erstmals zweieinhalb Wochen vor der Einweihungsfeier. Als sie die fertige Stele ohne den Teilsatz bei der Herstellerfirma in Fellbach am 14. Juli begutachten, sind sie erst einmal bedient: „Wir haben uns furchtbar aufgeregt und haben uns natürlich gefragt: Warum wurde dieser Teilsatz nach der finalen Abstimmung wieder gestrichen?“, sagt Hildegard Wienand. Zumal der richtige Gedenktex ohne die Weglassung ja schon auf der Homepage von Bosch veröffentlicht war.

„Wir haben uns dann in den zweieinhalb Wochen bis zur Einweihung der Stele nicht mehr mit Bosch auseinandergesetzt und hatten keinen E-Mail-Verkehr“, sagt Hildegard Wienand auf Nachfrage. Ändern könne man nun eh nichts mehr, dachte wohl das ältere Ehepaar nach der Produktion und wollte das wichtige Gesamtprojekt nicht torpedieren. Andererseits nutzten die Wienands die Einweihungsfeier dann am 2. August, um die Bosch-Verantwortlichen auf die nicht eingehaltene Abmachung hinzuweisen. Sie sparten nicht mit Kritik: „Wir fühlen und fühlten uns getäuscht – um nicht zu sagen hintergangen“, sagte Hildegard Wienand vor dem Feuerbacher Bosch-Standortverantwortlichen Werner Quirant bei der kleinen Feier auf dem Bosch-Gelände.

### **Schnelle Reaktion**

Jetzt reagiert Bosch schnell auf die öffentlich vorgetragene Kritik, entschuldigt sich wenige Stunden nach der Einweihung schriftlich bei Wienands im Namen der Standortleitung und teilt noch am selben Abend nach der Enthüllung über eine Bosch-Sprecherin mit: „Die Tafel soll zeitnah – versehen mit dem richtigen Text – ausgetauscht werden.“ Auf der neuen Stele soll nun der vereinbarte Text stehen, der da lautet: „Für die mehr als 20 000 Menschen, die 1939 – 1945 in den Bosch-Werken als Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter teilweise unter menschenunwürdigen Umständen leben und arbeiten mussten. Dieses Mahnmal soll daran erinnern, welches Unrecht ihnen angetan wurde, und dazu beitragen, dass nie wieder geschieht, was damals geschah.“

### **Wichtigstes Projekt seit 41 Jahren**

„Das war unser wichtigstes Projekt in den vergangenen 41 Jahren“, ordnet der langjährige Feuerbacher Bosch-Betriebsrat Andreas Hiebel die Aufstellung der Stele trotz des Hickhacks um die Textdetails ein. Das sieht sein Ex-Betriebsratskollege Roland Saur ähnlich. Denn er hatte sich in der Vergangenheit mehrfach um das Aufstellen einer Gedenktafel bemüht und die Aufarbeitung des Themas Zwangsarbeit in den Bosch-Werken als Betriebsrat vorangetrieben.

### **„Schauen wir nach vorn“**

1999 besuchten in Saur's Zeit bei Bosch ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter als Akt der Versöhnung das Werk in Feuerbach. Die Stele damals aufzustellen, blieb ihm aber versagt.



Umso beachtenswerter findet es nun Saur, dass der jetzige Vorstoß bei den Standortverantwortlichen und der Bosch-Geschäftsführung nicht mehr auf taube Ohren stieß: „Schauen wir nach vorne und würdigen das, was heute passiert“, sagt Saur und betont, dass die jüngsten Bestrebungen auch deshalb von Erfolg gekrönt gewesen seien, weil Werner Quirant als neuer Bosch-Standortverantwortlicher in Feuerbach sich für die Sache stark gemacht habe. „Noch gibt es Zeitzeugen, die von den damaligen Zuständen berichten können“, sagte Quirant bei der Einweihung. „Aber es werden immer weniger und auch deshalb muss die Erinnerungskultur auf andere Weise gepflegt werden.“

### **Späte Erinnerung**

Für den Mitinitiator der Gedenktafel, Heinz Wienand, kommt das Aufstellen der Stele und damit verbundene Erinnerungskultur bei Bosch eigentlich zu spät. Denn es sei schon länger historisch bekannt und belegt, dass im Bosch-Konzern die Zwangsarbeiter zumindest an einzelnen Standorten – wie bei den Siling-Werken in Langenbielau oder in Kleinmachnow bei Berlin – während der NS-Zeit ähnlich geknechtet, misshandelt und ausgebeutet wurden wie in vielen anderen damaligen Unternehmen. Oft hing es vom „Kapo“ vor Ort ab, ob es ganz schlimm oder weniger schlimm zugeht. Das legen zumindest die Forschungsergebnisse der Historiker Johannes Bähr und Paul Erker in dem Kapitel „Außerhalb der Boschgemeinschaft: Die Zwangsarbeiter“ in ihrem 2013 veröffentlichten Bosch-Buch nahe. Dietrich Kuhlartz von der Abteilung historische Kommunikation bei Bosch sagt bei der Einweihung: „Wir wissen, dass die Zwangsarbeiter sehr unterschiedlich behandelt wurden.“ Zeitzeugen im Buch von Bähr und Erker berichten, es sei eine Frage des individuellen Charakters der Vorgesetzten gewesen, welche Behandlung den Arbeitskräften zuteil geworden sei.

### **Die Verantwortung des Unternehmens**

Andererseits sei bekannt, dass „das Unternehmen nicht zu den willigsten Unterstützern des Regimes gehörte“, betont Kuhlartz. Gleich zu Kriegsbeginn seien aber viele Bosch-Mitarbeiter an die Kriegsfrenten beordert worden und das Unternehmen habe rund ein Viertel seiner Beschäftigten in der Fertigung eingebüßt. „Kein Industrieunternehmen“, zitiert Kuhlartz aus dem Buch, „wäre in der Lage gewesen sein Produktionsniveau ohne Zwangsarbeiter aufrechtzuerhalten, geschweige denn zu steigern.“ Das alles ändere freilich nichts an der Verantwortung des Unternehmens.

## **Probleme mit der Verantwortung**

### **Boschs missglückte Feier zur Einweihung einer Gedenkstele**

*Angela Martin*

Die Einweihung einer Gedenkstele zur Erinnerung an den Einsatz von etwa 20.000 Zwangsarbeiter\*innen bei Bosch sollte eine würdevolle Feier werden. Nur handverlesene Teilnehmer\*innen waren 2. August 2021 zu der kleinen Festlichkeit eingeladen: Werner Quirant, der Standortverantwortliche von Bosch in Feuerbach, und der stellvertretenden Betriebsratsvorsitzende von Stuttgart-Feuerbach, Andreas Hiebel. Auch Roland Saur war vertreten, ein Ex-Betriebsrat, der sich schon seit Anfang der 2000er Jahre für die Erinnerung an die Zwangsarbeiter\*innen engagiert. Dietrich Kuhlitz von der Abteilung Historische Kommunikation bezog sich in einer kurzen Rede auf das Bosch-Buch von Johannes Bähr und Paul Erker, in dem, anders als in den vorangegangenen Firmengeschichten, die Verantwortung des Konzerns für den Einsatz von Zwangsarbeiter\*innen klar benannt wird. Last not least war Alfred Löckle gekommen, ehemals Chef des Gesamtbetriebsrats von Bosch und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender.

Unter den Gästen gehörte auch Jacek Zatrieb, pensionierter Bosch-Mitarbeiter und Sohn von Wanda Zatrieb. Seine Mutter war 1944 als damals 17-Jährige von Bosch mit etwa 800 weiteren Polinnen in ein firmeneigenes KZ des Konzerns verbracht worden und musste dort Zwangsarbeit leisten. Wichtige Teilnehmer\*innen waren Hildegard und Heinz Wienand, die Initiator\*innen der Stele. Sie hatten den Gedenktext mit der Firma diskutiert und eine Fassung gefunden, mit der alle einverstanden waren. Außerdem war ein Lokaljournalist anwesend, den die Presseabteilung von Bosch bestimmt hatte. Mögliche Kritiker\*innen waren ausgeschlossen, schließlich sollte nichts schiefgehen.

Es ging aber schief. Das Ehepaar Wienand wehrte sich gegen den Text auf der Tafel aus Stahl, die bereits in ihr Betonbett eingelassen worden war. Denn dort war nicht zu lesen, worauf sie sich mühsam mit Bosch geeinigt hatten, sondern es fehlten vier wichtige Worte: der Passus „teilweise unter menschenunwürdigen Umständen“, unter denen die Zwangsarbeiter\*innen zwischen 1939 und 1945 bei Bosch leben und arbeiten mussten.

Im ersten Vorschlag der Wienands für die Stele hatte als zweiter Satz über die Zwangsarbeiter\*innen gestanden: „Ihr Alltag war geprägt von Unterernährung, Krankheiten, körperlicher Gewalt und ständiger Todesangst.“ Das wurde von Bosch gestrichen. Doch dass nun der schon weit harmlosere Text ohne Absprache verändert worden war, akzeptierte das engagierte Ehepaar nicht. Und der Journalist Georg Friedel, obwohl sorgfältig ausgewählt, berichtete vor allem darüber, dass sich das Unternehmen nicht an die Vereinbarung mit den Wienands gehalten hatte (vgl. Friedels vorhergehenden Artikel aus der Stuttgarter Allgemeinen vom 6. August 2021).

Tatsächlich ließ Bosch die Stele wieder entfernen. Knapp drei Monate später wurde die endgültige Gedenktafel aufgestellt.



Foto: Heinz und Hildegard Wienand



Doch auch dieser Stelentext verschweigt vieles. Es sei nur an die zahlreichen KZ-Häftlinge erinnert, die Bosch-Mitarbeiter in den großen KZ-Stammlagern auswählten, um sie zur Zwangsarbeit für die Firma zu zwingen. Oder an die grauenhaften Arbeitsbedingungen unter Tage in einigen Verlagerungswerken von Bosch mit immenser Sterblichkeit. Dass die Zwangsarbeitenden vor allem Rüstungsgüter fertigen mussten wird ebenfalls nicht erwähnt.

Bosch gehörte zu den wichtigsten Rüstungsunternehmen des Dritten Reiches. In einer großen Tarnfabrik, den Trillke-Werken in Hildesheim, produzierte der Konzern Zubehör für Panzer. Etwa die Hälfte der dort Beschäftigten waren Zwangsarbeiter\*innen, Kriegsgefangene und Militärinternierte. Ab Oktober 1943 gab es keine neuen Panzer der Wehrmacht mehr ohne Bosch-Elektroaggregate aus dem Hildesheimer Wald. „Ohne Trillke wäre der Krieg vielleicht früher zu Ende gegangen“, sagt Johannes Bähr in einem Interview auf unserer Webseite *Z.B. Bosch. Zwangsarbeit im Hildesheimer Wald*. Für die deutsche Luftwaffe war die Dreilinden Maschinenbau GmbH in Kleinmachnow, eine weitere geheime Bosch-Fabrik, von höchster strategischer Bedeutung. Dort mussten etwa 2800 Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter\*innen und KZ-Häftlinge elektronische Teile für Flugmotoren fertigen. „Kein deutsches Flugzeug ohne Bosch-Zubehör, kein deutscher Flieger, der nicht die zuverlässigen Bosch-Erzeugnisse besonders schätzt“, warb der Konzern (Angela Martin, *„Ich sah den Namen Bosch“*, hrsg. von der Berliner Geschichtswerkstatt, Berlin: Metropol 2002).

Bis 2000 leistete der Bosch-Konzern keine Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter\*innen, sondern leugnete hartnäckig jegliche Mitverantwortung und behauptete, die NS-Zwangsarbeit sei staatlich angeordnet gewesen. Doch als Sammelklagen und Boykottdrohungen in den USA zur Gründung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) führten, beteiligte sich der Konzern frühzeitig an der Stiftungsinitiative und zahlte dann auch in den Entschädigungsfonds ein.

Aus: Otto Holbach, *Deutscher Flugzeugbau*, 1942, S. 248.



Wo es auf höchste  
Geschwindigkeit ankommt

bewährt sich die Ausrüstung  
von Bosch. Kein deutsches Flug-  
zeug ohne Bosch-Zubehör,  
kein deutscher Flieger, der  
nicht die zuverlässigen Bosch-  
Erzeugnisse besonders schätzt.

**BOSCH**

ein gutes Vorzeichen  
für schnellen Flug

Bosch liefert für Flugmotoren  
und Flugzeuge: Zündmagnete,  
Zündkerzen, Einspritzpumpen,  
Anlasser, Generatoren, Elek-  
tromotoren, Schalter, Entstör-  
geräte, Eisener usw.

## **Regine Hildebrandt–Frau mit Herz und Schnauze**

*Jürgen Karwelat*

Es waren schon deftige Bezeichnungen, die die Historikerin Dr. Gisela Notz am 15. November 2021 bei einem Vortrag über die unvergessene SPD-Politikerin Regine Hildebrandt zitierte. Die Berliner Geschichtswerkstatt hatte in Zusammenarbeit mit der in Stuttgart ansässigen „Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus“ zu einem Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe „100 Köpfe der Demokratie“ eingeladen. Auch der Ort war etwas ungewöhnlich. Die Veranstaltung fand in den großzügigen Räumen der „tuesday coworking –More ThanADesk GmbH“ in der Belziger Str. 71 (Nähe Schöneberger Rathaus) statt. Wir waren dorthin ausgewichen, da uns der heimelige Laden in der Goltzstraße wegen der Corona-Gefahr nun doch etwas unheimlich erschien. 13 Menschen fanden sich an diesem trüben Montagabend ein.

Nach einer kurzen Einführung und Vorstellung der Referentin durch Vorstandsmitglied Dr. Elke Mocker von der Berliner Geschichtswerkstatt startete Dr. Gisela Notz, die sich selbst nicht nur als Wissenschaftlerin, sondern auch als Aktivistin bezeichnete, ein Feuerwerk der Zitate über Regine Hildebrandt.



Regine Hildebrandt stammte aus einer evangelischen Pfarrersfamilie. Sie studierte an der Ost-Berliner Humboldt-Universität Biologie. Danach war sie bis 1978 fast 15 Jahre stellvertretende Abteilungsleiterin der Pharmakologischen Abteilung in der Arzneimittelforschung des VEB Berlin-Chemie und anschließend bis 1990 Bereichsleiterin in der Zentralstelle für Diabetes und Stoffwechselkrankheiten in Berlin. Geheiratet hatte sie 1966. Sie war aktiv in der evangelischen Kirche, sang jahrzehntlang im Berliner Domchor, bezeichnete sich selbst als Pazifistin, war nicht Mitglied der FDJ, hingegen Mitglied des FDGB. Ab 1968 wurde sie von der Stasi überwacht.

Dr. Gisela Notz, 15. November 2021  
Foto: Sonja Miltenberger

Zum Ende der DDR schloss sie sich der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ an und trat im Oktober 1989 der neu gegründeten SDP, der sozialdemokratischen Partei in der DDR, bei. Sie wurde am 18. März 1990 in die Volkskammer gewählt und war dann von April bis August 1990 Ministerin für Arbeit und Soziales im Kabinett von Lothar de Maizière. Im Herbst 1990 trat Hildebrandt als Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in die erste brandenburgische Landesregierung des Kabinetts von Manfred Stolpe ein.

Hier hat sie sich vor allem durch ihren unkonventionellen und kompromisslosen Einsatz für Arbeitslosen- und Frauenprojekte völlig zu Recht den Spitznamen „Mutter Courage des Ostens“ erarbeitet. Sprüche wie „Erzähl uns doch nicht, dass es nicht geht“ oder „Man muss es nur wollen und weiter machen“ brachten ihr auch den Titel „Frau mit Herz und Schnauze“ oder



Publikum, Foto: Sonja Miltenberger

„Maschinengewehr Gottes“ ein. Frauenpolitik war für Regine Hildebrandt der Kampf um die Arbeitsplätze für die Frauen, deren Beschäftigungsgrad in der DDR bei über 90 Prozent lag. Gisela Notz erläuterte, dass Regine Hildebrandt von sich, aber auch von ihren Mitarbeiter\*innen viel und manchmal sehr viel verlangte, so dass sie als Vorgesetzte genauso geliebt wie gefürchtet war. Wenn sie in den Ämtern angekündigt war, kursierte die Parole: „Versteckt die Kaffeetassen. Regine ist im Haus!“.

Kompromisse hat sie schwer gelernt. Sie kämpfte für die Erhaltung der Kinderbetreuungseinrichtungen in der ehemaligen DDR und auch für die Weitergeltung der Fristenlösung im vereinigten Deutschland. Als im Jahr 1996 bei ihr Brustkrebs festgestellt wurde, arbeitete sie nahezu ohne Unterbrechung und trotz der Ratschläge, vor allem von ihren drei Kindern, mit voller Kraft weiter.

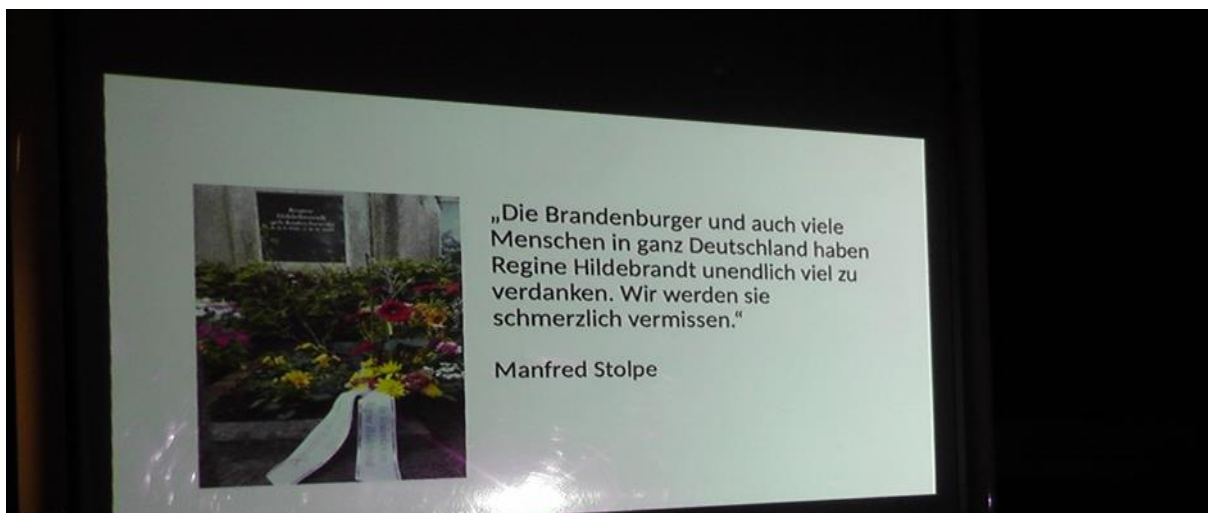
Ihre Ministerarbeit beendete sie im Herbst 1999. Nachdem Ministerpräsident Stolpe nach der Landtagswahl eine Koalition mit der CDU eingegangen war, trat Hildebrandt aus der Landesregierung aus. Sie zog sich jedoch nicht ins Private zurück. Über ihre Krankheit sagte sie „Kinder, das gehört zum Leben“.

Sie setzte sich für ein würdevolles Sterben und gab „Interviews, Interviews, Interviews“. Am 26. November 2001 starb Regine Hildebrandt im Alter von 60 Jahren.

In der Diskussion nach dem Vortrag ging es vor allem um die Frage, welche Erfolge diese unermüdliche Politikerin hatte und ob davon heute noch etwas sichtbar ist. Angeführt wurden die zahlreichen, allerdings zeitlich begrenzten Projekte, für die auch erfolgreich EU-Gelder akquiriert werden konnten. Dies strahlte auch in den Westen des Landes aus. Mit diesen Projekten sind viele Menschen durch die Umbruchphase nach dem Ende der DDR gekommen. Nicht zuletzt ist durch den Einsatz von Regine Hildebrandt auch die Brandenburgische Verfassung beeinflusst worden. In die Verfassung wurde ein Recht auf Arbeit und ein Recht auf Wohnung aufgenommen, ebenfalls eine ausdrückliche Forderung nach gleicher Behandlung von Männern und Frauen.

Ungeklärt blieb in der Abschlussdiskussion die aufgeworfene Frage nach Kontakten und Parallelen des Lebens von Regine Hildebrandt und einer anderen erfolgreichen deutschen Politikerin, die in der DDR groß wurde: Angela Merkel. Hildebrandt und Merkel stammten beide aus einer evangelischen Pfarrersfamilie, beide waren Wissenschaftlerinnen. Vielleicht hören hier aber schon die Parallelen auf.

Im Internet ist nachzulesen, wie viele Ehrungen Regine Hildebrandt zu Lebzeiten erhalten hat. Sie wird nicht vergessen werden. Der Regine-Hildebrandt-Park in Berlin-Hellersdorf sowie mehrere Seniorenzentren und Pflegeheime wurden nach ihr benannt. Regine-Hildebrandt-Gesamtschulen gibt es in Birkenwerder und in Magdeburg. In Cottbus trägt Grundschule ihren Namen.



## **Neu in der Geschichtswerkstatt mit eigenen Projekten, aber offen für Unterstützung**

*Dagmar Giesecke*

Mein Name ist Dagmar Giesecke und ich bin neues Mitglied in der Berliner Geschichtswerkstatt. Schon in meiner aktiven Zeit als Diplom-Archivarin, zuletzt sechzehn Jahre im Bielefelder Stadtarchiv, war mein Beruf auch gleichzeitig mein Hobby. So manche privaten Recherchen konnte ich mit Führungen, Ausstellungen, Aufsätzen und / oder Begegnungen mit jüdischen Nachfahren, die nach ihren Wurzeln suchten, abschließen. Jetzt bin ich seit zwei Jahren wieder zurück in meiner Geburts- und Heimatstadt und die Projektideen in meinem Kopf, die immer etwas mit Berlin zu tun hatten, versuche ich jetzt umzusetzen. Darüber hinaus fand ich recht schnell, insbesondere in Tempelhof, wohin es mich wieder zurückgezogen hat, weitere Spuren, denen es sich lohnt nachzugehen.

Jetzt zu meinen Projekten, die sich aus den Schwerpunkten Jüdische Geschichte, Friedhöfe und Friedhofskultur, sowie Biographien und Ortsgeschichte zusammensetzen. Für alle Projekte gelten als Zielsetzung Führungen und / oder Aufsätze.

### **Der vergessene Friedhof in der Stolbergstraße**

Obwohl ich im Bezirk Tempelhof aufgewachsen bin und dachte, hier so gut wie jeden Winkel zu kennen, habe ich erst jetzt, Corona sei es „gedankt“, Ecken kennengelernt, die mir vorher nie aufgefallen waren. Letztes Jahr ging ja außer Aufenthalte an der frischen Luft so gut wie gar nichts. Das habe ich genutzt und bin, mit offenen Augen, fast täglich durch Tempelhof „gelatscht“. Bei einem dieser Spaziergänge entdeckte ich an der Stolbergstraße, abseits der Straßenführung, Reste eines Friedhofs. An der noch vorhandenen Friedhofsmauer befinden sich einige Grabsteine, alle in einem recht schlechten Zustand und oft schwer oder gar nicht mehr lesbar. Ich habe alle Steine fotografiert und die Inschriften inzwischen entziffern können. Da es lange Zeit nicht möglich war, Archive zu besuchen, nahm ich die Möglichkeit wahr, über Ancestry zu den mir bekannten Namen Zugang zu erhalten. Es wurden etliche, über 200 mittlerweile. Und inzwischen ist es mir auch seit einigen Wochen wieder möglich, vor Ort im Archiv des Museums Tempelhof-Schöneberg zu recherchieren. Über den Friedhof ist bisher so gut wie gar nichts bekannt. Christian Simon schreibt 2018 in seinem Buch über Tempelhof: „Später kam ein zweiter Friedhof [...] an der Stolbergstraße dazu. Das Jahr der Eröffnung konnte zwar nicht ermittelt werden.“ Inzwischen ist ein wenig Licht ins Dunkel gekommen. Aus einigen Dokumenten war zu erfahren, dass der Friedhof an der Dorfkirche Ende 1858 geschlossen wurde und im Januar 1859 die erste



Beerdigung an der Stolbergstraße stattfand. Im Zweiten Weltkrieg wurde auch der Friedhof durch Bombenhagel stark zerstört, so dass nach Kriegsende keine Beerdigungen mehr stattfanden. Ab 1948 wurden nach und nach die Gräber samt Grabsteinen abgeräumt. Endgültig geschlossen wurde er 1958 und dem nebenliegenden Bospark angegliedert. Heute bietet er vor allem Sprayern eine breites „Betätigungsfeld“.

### **Berthold und Clara Lewy und ihr Grabstein auf dem Friedhof in der Eythstraße**



Grabstein des Ehepaars Lewy auf dem städtischen Friedhof Eythstraße, 2020.  
Foto: Dagmar Giesecke

Ebenfalls während einer meiner Corona-Spaziergänge suchte ich den städtischen Friedhof in der Eythstraße in Schöneberg auf.

Eines Tages entdeckte ich im Eingangsbereich einen zwar versteckten, aber sehr markanten Grabstein mit den Namen Berthold Lewy (1850 – 1913) und Clara Lewy, geb. Joseph (1852 – 1921). Schnell war klar, es ist die letzte Ruhestätte eines Ehepaars mit jüdischen Wurzeln. Darüber hinaus bietet der Stein Platz für drei weitere Personen, wo aber Inschriften fehlen. Es scheint so, als wenn sich hinter den Namenstafeln Grabkammern befinden. Das würde auch die Größe des achteckigen Steins erklären, dessen Höhe ca. 2 m beträgt. Jedes einzelne Teil des Achtecks ist 60 cm breit. Das ergibt einen Umfang von 4,80 m. Bei einem Achteck ist der Gedanke an ein Oktagon nicht weit, auch der nicht zu den Freimaurern. Hier müsste in Richtung der jüdischen Freimaurerlogen B'nai B'rith recherchiert werden. Schon um die Jahrhundertwende gab es viele nicht-religiöse jüdische bzw. konvertierte Familien, für die eine Urnenbestattung

kein Problem war. Über die Suche bei Ancestry fand ich den Heiratseintrag und die Sterbeeinträge des Ehepaars, darüber hinaus mehrere Kinder. Aber nur Richard Lewy (1881 – 1942) und Henriette Lewy (1886 – 1941) erreichten das Erwachsenenalter. Der Sohn war verheiratet. Alle drei begingen 1941 bzw. 1942 - vor ihrer Deportation – Suizid.

Um mehr über die Grabstätte zu erfahren, nahm ich Kontakt zum zuständigen Friedhofsamt auf. Erst nach mehrmaligen Nachfragen kam nach fast sechsmonatiger Bearbeitungszeit eine E-Mail vom Leiter der Tempelhof-Schöneberger Friedhofsverwaltung: „Sehr geehrte Frau Giesecke, ich bedaure es, dass Sie wegen der Dauer der Bearbeitung Ihrer Anfrage erst jetzt eine Antwort von mir erhalten.“

Ich kann Ihnen leider wegen dem Datenschutz keine Auskunft zum Grab der Familie Lewy geben. [...] Dies ist datenschutzrechtlich so geregelt.“ Ich rief den zuständigen Bearbeiter an und wies darauf hin, dass Tote nicht mehr dem Datenschutz unterliegen. Ein Wort gab das andere, aber er berief sich immer wieder nur auf den Datenschutz. Auch nachdem ich ihm nochmals mein Anliegen erklärte: Ich möchte, dass der sehr ungewöhnliche - und auch wegen der dort Beerdigten - geschichtsträchtige Grabstein auf Dauer erhalten bleibt und nebenstehend eine kleine Tafel zur Familie aufgestellt wird. Jetzt werde ich es nochmal versuchen, in dem ich mich auf das Informationsfreiheitsgesetz berufe. Schade, dass es in Berlin, zumindest in Tempelhof-Schöneberg, nicht möglich ist, bei der Bearbeitung historischer Themen Unterstützung der zuständigen Behörden zu bekommen. Andere Städte sind kooperativer. Zum Friedhof selber möchte ich Spaziergänge anbieten. Dort befinden sich zwar keine sehr bekannten Grabstätten, aber welche, die auf Bezirksebene Bedeutung haben. So Ella Barowsky (ehemalige Bürgermeisterin von Schöneberg), nach der kürzlich eine Straße benannt wurde, und Louis Zobel, der ebenfalls politisch aktiv war. Beides sind Ehrengräber der Stadt Berlin. Darüber hinaus liegen dort auch einige Schauspieler, Mediziner und die Mitbegründerin der Deutschen Aids-Hilfe. Der Architekt der impulsanten Trauerhalle ist dort nicht beigesetzt, sondern liegt auf dem Friedhof in der Werdauer Straße in Schöneberg. Auch dazu brauche ich wiederum Informationen von der Friedhofsverwaltung Tempelhof-Schöneberg.

### Edmund Elend: Tempelhofer Kaufhausgeschichte

Der Kaufmann Edmund Elend (1881 – 1933) eröffnete 1908, laut Gewerbeanmeldung, die im Archiv der Stiftung Neue Synagoge vorhanden ist, ein Kaufhaus in Tempelhof. Es war das erste in der Gemeinde, die damals noch zum Kreis Teltow gehörte. Allerdings endete seine Ära schon wieder am 13. Januar 1933. An diesem Tag erschoss sich Edmund Elend in den Toilettenräumen seines Kaufhauses. Er ist auf dem Jüdischen Friedhof in Weißensee beerdigt. Seine Frau, sein Sohn und seine beiden Töchter emigrierten über die Schweiz nach Amerika. Die Kinder starben in den USA, seine Frau Clara, geb. Engländer, 1949 in Haifa. Einen israelischen Freund habe ich gebeten zu erkunden, wo sich ihr Grab befindet. 1935 wurde das Kaufhaus „arisiert“. Ab 1950 ging der Komplex in die Hände von Carl Walden über. Drei Jahre nach seinem Tod, er starb 1964, kaufte die Karstadt AG das Areal.



Das Kaufhaus von Edmund Elend an seinem ersten Standort Berliner Straße Ecke Friedrich-Wilhelm-Straße, 1912. Quelle: Sammlung Uli Schulz

Jahre später wollte sie nicht nur das Kaufhausgebäude abreißen, sondern auch das gesamte Karree Kaiserin-Augusta-Straße, Theodorstraße, Albrechtstraße und Tempelhofer Damm dem Erdboden gleich machen (Ich selbst wohnte zu dieser Zeit in der Theodorstraße.). Auf dem gesamten Areal sollte ein „Großkaufhaus“ mit allem Schnickschnack entstehen. Aber Karstadt hatte nicht mit dem Widerstand der dort wohnenden Bevölkerung gerechnet. Nach langem Hin- und Her und heftigen Protesten konnte der Abriss der Wohnhäuser verhindert werden, aber nicht der des ehemaligen Elend-Kaufhauses. Der Kompromiss war schließlich, dass in den neuen Außenfassaden die ursprüngliche Architektur in Anlehnung zu erkennen blieb.

### Partnerstädte Nahariya – Tempelhof – Bielefeld



Flaggen der Städtepartnerschaften am Fluss Ga'aton, der mitten durch Nahariya fließt, 2014.

Foto: Dagmar Giesecke

Seit 1970 gibt es die Städtepartnerschaft zwischen dem damaligen Bezirk Tempelhof und der Stadt Nahariya in Israels Norden nahe der Grenze zum Libanon, gegründet 1934/35 von deutschen „Jeckes“, wie sie damals abfällig genannt wurden. Warum die Städtepartnerschaft mit Tempelhof zustande kam, weiß ich bisher nicht. Zehn Jahre später unterzeichnet die Stadt Bielefeld ebenfalls eine Partnerschaftsurkunde mit Nahariya. Dazu schrieb ich 2015 einen Historischen Rückblick des Stadtarchivs Bielefeld (<https://historischer-rueckblick-bielefeld.com/2015/11/01/01112015/>). Seit ich wieder

zurück in Berlin bin, versuche ich mich in der Städtepartnerschaft Tempelhof-Nahariya zu engagieren. Bisher ohne Erfolg. Von der zuständigen Verantwortlichen, der Partnerschaftsbeauftragten Mirka Schuster, erhielt ich auf meine Anfrage 2019 nur die lapidare Mitteilung, dass es momentan keine Aktivitäten gäbe und sie somit für mich keine Verwendung hätten. Letztes Jahr las ich der „Berliner Woche“, dass sich im hiesigen Bezirk ein Verein für die Städtepartnerschaften gegründet hat. Der Vorstand besteht u. a. aus Mitgliedern der einzelnen Parteien, so Angelika Schöttler (SPD) und Harald Sielaff (CDU). Aber es wird nicht klar, was dieser Verein bewirken will. Frau Schöttler wird mit dem Statement zitiert: „Mit der Gründung des überparteilichen Vereins geht ein von mir lang gehegter, Herzenswunsch in Erfüllung. Bezirksverordnete, Interessierte und die Bezirksverwaltung ziehen gemeinsam für die lebendigen Städtepartnerschaften von Tempelhof-Schöneberg an einem Strang. Schon seit Jahrzehnten pflegt der Bezirk die guten Verhältnisse zwischen den partnerschaftlich verbundenen Städten und Gemeinden [...]. Mit dem Verein können wir noch stärker initiativ werden und



die vorhandenen Partnerschaften mit Aktionen füllen. Ich selber gehöre dem Verein an und freue mich über den gelungenen Vereinsstart!“ Leider sind das bisher nur Worte geblieben.

Von der anderen Seite aus Nahariya ist mir bekannt, dass das Interesse an einem intensiven Austausch weiterhin gewünscht wird. Mehrmals war ich in den letzten Jahren während meiner Besuche in Israel auch in Nahariya und traf dort u. a. Maya Barlev, Leiterin des dortigen Stadtmuseums. Sie gehört zu dem zum Team, das für die Städtepartnerschaften zuständig ist. Eine wichtige Erkenntnis habe ich aus meinen Besuchen dort mitgenommen: Bis zur Wende 1989 wurde aus Berlin und auch aus Bielefeld der Partnerschaft viel Aufmerksamkeit entgegen gebracht. Leider ist diese inzwischen so gut wie erloschen, jedenfalls in Berlin. Auch hier wundert es mich, dass, obwohl von offiziellen Stellen nach außen hin sehr viel Wert auf ehrenamtliches Engagement und Eigeninitiative gelegt wird, man aber auf massive Ablehnung seitens der Verantwortlichen in der Verwaltung trifft, wenn es zur Umsetzung kommen soll.

### **Die lange Suche nach dem Grabstein von Albert Edelstein: Die Familie Edelstein, erst Rinteln, dann Berlin, jetzt Israel**

Im Sommer 2009 lernte ich Dan Edelstein über das Internet kennen. Er war auf der Suche nach seinen deutschen Wurzeln. Bis nach Rinteln war er mit seinen Recherchen gekommen. Gleichzeitig suchte er über das Netz nach noch lebenden Familienmitgliedern, die inzwischen in Argentinien, den USA und Kopenhagen lebten bzw. noch leben. Seit 2003 wohnte ich in Rinteln und war auch in diesem Ort neugierig darauf, mehr über das dortige jüdische Leben zu erfahren. Spuren meiner Aktivitäten schlugen sich im Internet nieder und so war die Verbindung geknüpft. Im September desselben Jahres reiste er mit seinen neuen Familienmitgliedern nach Rinteln. Ich begleitete sie während ihres Aufenthaltes, um sie an die Wirkungsstätten ihrer Vorfahren zu führen. Daraus entwickelte sich eine enge Freundschaft, die mich seit 2011 jedes Jahr mindestens einmal im Jahr nach Israel brachte, bis 2019.

Dan Edelsteins Ur-Ur-Großvater Anselm Edelstein lebte in Rinteln und starb dort 1858. Eines seiner Kinder, Gustav Edelstein, ging nach Herford und verstarb dort. Wiederum einer seiner Söhne, Albert Edelstein (1864 – 1910), ging nach Berlin und arbeitete dort als Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei, die sich in der Leipziger Straße befand. Mit seiner Frau Margarete Edelstein (1871 – 1942), geb. Gottschalk, und seinen Söhnen Friedrich (1895 – 1956) und Kurt (1900 – 1965) wohnte er in Schöneberg, damals Bülowstraße 92. Sohn Friedrich Edelstein emigrierte 1941 in die USA, Sohn Kurt Edelstein, von Beruf Ingenieur, war während der NS-Zeit längere Zeit als Brückenbauer im Iran tätig. Von dort aus emigrierte er, zusammen mit seiner Ehefrau, nach Israel.

1944 wurde Dan Edelstein in Haifa geboren, 1946 seine Schwester Miriam. Solange ich Dan Edelstein kenne, wollte er, dass ich das Grab seines Großvaters finde. In der Familie gab es zum Tod des Großvaters eine Geschichte, nämlich, dass dieser beim Sport verunglückt sei und von da an galt für alle Sportverbot. Nach zehn Jahren mühsamer Recherche kam eine andere Geschichte ans Tageslicht. Albert Edelstein starb weder an einem Sportunfall noch in Berlin sondern in Wiesbaden. Von dort wurde sein Leichnam nach Mainz geschickt. Warum, konnte nicht ermittelt werden. Von dort fand die Überführung des Leichnams nach Berlin statt, die auf dem Alten Zwölf-Apostel-Friedhof in der Schöneberger Kolonnenstraße beigesetzt wurde. Erst nach meiner Rückkehr nach Berlin war es mir gelungen, seine letzte Ruhestätte zu ermitteln.

### **Die Straßmann-Familie aus Rawitsch**

Als ich rückwärts nach Vorfahren zum Ehepaar Lewy auf dem Friedhof Eythstraße recherchierte, stieß ich auf die Verbindung zur Familie Straßmann. Aus Rawitsch stammend, kam die jüdische Familie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach Berlin. Bildung wurde in der Familie groß geschrieben. So blieb es nicht aus, dass die Söhne studierten, fast alle Medizin. U.a. auch Wolfgang Straßmann (1821 – 1885), der 1848 als Studentenanführer an vorderster Front während der Revolution kämpfte. Neben seinem Beruf als Arzt engagierte er sich weiterhin in der Politik. 1875 wurde er der erste und einzige jüdische Stadtverordnetenvorsteher und gleichzeitig der persönliche Erzfeind von Adolf Stoecker, Pfarrer, und ebenfalls Stadtverordneter. Aus drei Generationen gingen acht Mediziner hervor. Alle von ihnen waren in Fachkreisen anerkannt, ob als Gynäkologen mit eigener Geburtsklinik mit sozialer Ausrichtung, als Gerichtsmediziner oder als Arzt, der sich zusammen mit Rudolf Virchow, für bessere hygienische Bedingungen in Berlin einsetzte. Nach Wolfgang Straßmann ist eine Straße in Friedrichshain benannt. Mit der Machtübernahme 1933 begann das Karriereende der Straßmann-Familie. Sie erhielten Berufsverbot, ihre Kliniken wurden geschlossen. Einige wanderten nach den USA aus, andere gingen in die Widerstand wie der Jurist Ernst Straßmann. Er wurde nach Ende des Zweiten Weltkriegs von den Amerikanern als Chef der BEWAG eingesetzt. Einige der „Straßmänner“ hängen als Portraits, da Ehrenbürger der Stadt, im „Roten Rathaus“. Ich bekam 1996 Kontakt zu Paul W. Straßmann, geboren 1926, als ich meine Diplomarbeit über Ernst Posner, Staatsarchivar im Preußischen Geheimen Staatsarchiv in Dahlem, der ebenfalls zur Seitenlinie Straßmann gehört, schrieb. Uns hat bis zu seinem Tod eine enge Freundschaft und Zuneigung verbunden. Er ist dieses Jahr kurz vor seinem 95. Geburtstag gestorben.

## 195 Wehrmachtswbilder – Der Versuch einer Einordnung

*Antoine Bouchez (derzeit Praktikant in der BGW)*

In den 1990er Jahren erhielt die Geschichtswerkstatt eine Zigarrenkiste, welche 195 Wehrmachtswfotos enthielt. Bis heute fehlt zu den Fotos jegliche Kontextinformation. Deshalb bekam ich den Auftrag, herauszufinden wo und in welchem Zeitraum diese Fotografien gemacht wurden.

Die Fotografien sind fachmännisch gemacht worden, keines ist über- oder unterbelichtet, alle sind scharf. Darüber hinaus sind die dargestellten Motive teilweise ziemlich beeindruckend und äußerst vielfältig. Die Settings reichen von unendlichen, schneeweißen Ebenen bis hin zu kargen Bergdörfern. Auch die abgelichteten Menschen unterscheiden sich hinsichtlich ihres Alters, ihres Geschlechts, ihrer Rolle und ihrer Funktion stark voneinander. Von spielenden Kindern und Bäuerinnen bei der Feldarbeit bis hin zu gefangenen sowjetischen Soldaten.

Da die Fotografien an unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen (Jahres-) Zeiten gemacht wurden, lassen sich Kontextinformationen die man zu einem Bild findet, nicht automatisch auf die restlichen Fotografien übertragen. Deshalb habe ich damit begonnen, die Fotos nach örtlichen und zeitlichen Merkmalen zu typisieren. Finde ich nun den Kontext eines bestimmten Bildes heraus, lassen sich Rückschlüsse auf alle Bilder der entsprechenden Gruppe ziehen.

Auf einigen Fotos sind die Gräber gefallener deutscher Soldaten zu sehen. Mithilfe von Photoshop und anderen Programmen habe ich versucht, die, an den Holzkreuzen befindlichen, Namen und Daten scharf und lesbar zu machen. Leider hatte ich damit nur mäßigen Erfolg. Ich konnte zwar einzelne Namen entziffern, doch waren die Sterbedaten der Gefallenen leider allesamt nicht erkennbar.



Die Gräber gefallener deutscher Soldaten

Sie würden eine zeitliche Einordnung der Fotos ermöglichen. Bis jetzt liegen mir nur die digitalisierten Versionen der Fotos vor, die Negative wären zweifelsfrei schärfer und versprechen bessere Erfolgchancen.

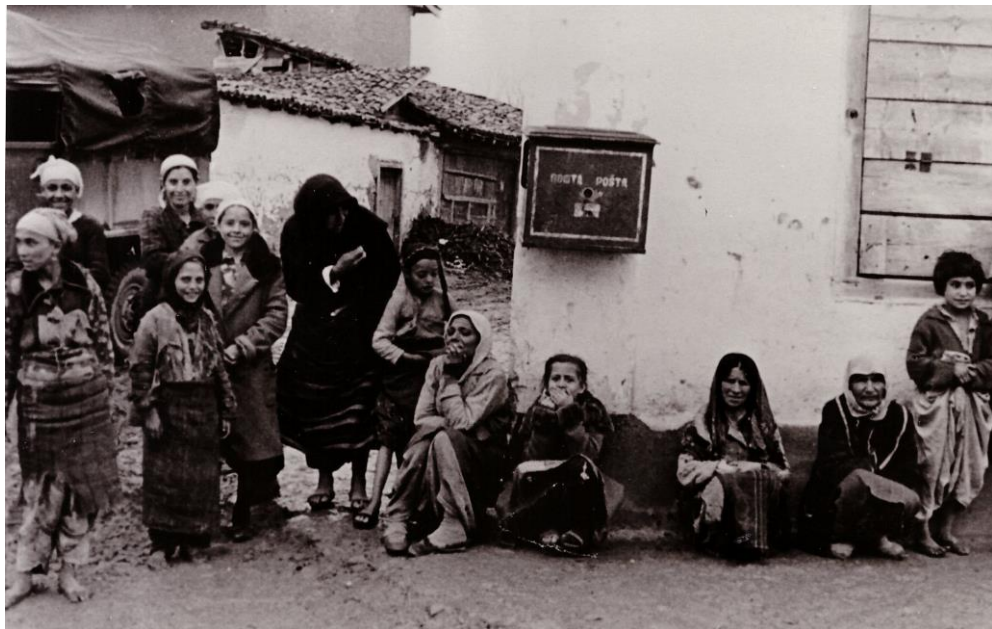


Frau mit Kind im Arm, vermutl. Rumänien

Auf zwei der 195 Fotos sind Schriftzüge sichtbar. Das erste Foto zeigt eine junge Frau mit einem Kind im Arm. Sie steht vor einem Hauseingang über dem ein Schild angebracht ist. Das Schild im oberen linken Bildrand ist nicht vollständig sichtbar, dennoch lassen sich die Worte "Crema de Ghete" erkennen.

Meine Recherchen haben ergeben, dass es sich dabei um die rumänische Bezeichnung für Schuh- bzw. Stiefelcreme handelt. Demnach ist dieses Foto, wie auch die anderen Fotos aus dieser Gruppe, wohl in Rumänien aufgenommen worden.

Das andere Bild zeigt eine Gruppe von Frauen und Kindern an einer Häuserecke. An der Hauswand, im Zentrum des Fotos, ist ein Postkasten angebracht auf dem ein Wort in kyrillischen und eines in lateinischen Buchstaben auszumachen ist.



Gruppe von Frauen und Kindern an einer Häuserecke mit Postkasten, vermutl. in Jugoslawien



Ich bin daraufhin alle Sprachen durchgegangen, die im ehemaligen Jugoslawien gesprochen wurden und habe jeweils nach der Übersetzung für "Post" gesucht. Die serbische Sprache verwendet sowohl das kyrillische als auch das lateinische Alphabet. "Post" wird auf serbisch "пошта" bzw. "pošta" geschrieben. Diese beiden Wörter sind mit denen auf dem Postkasten identisch. Dieses Foto wurde demnach mit hoher Wahrscheinlichkeit im serbischsprachigen Bereich Jugoslawiens aufgenommen.



Männer in traditioneller Kleidung,  
vermutlich Kosovo oder Albanien



Tanzende Männer in traditioneller Kleidung,  
vermutlich Kosovo oder Albanien

Zehn Fotos zeigen Männer in traditioneller Kleidung bei der Aufführung von Tänzen. Ihre Trachten bestehen aus hellen, mit schwarzen Streifen versehenen, Anzügen. Die Männer tragen entweder weiße Kappen oder turbanähnliche Kopfbedeckungen. Mein Abgleich mit traditioneller Kleidung aus der Balkanregion ergab, dass es sich bei der weißen Kappe um "Qeleshe", auch "plis" genannt, handelt, wie sie im Kosovo und in Albanien bis heute getragen werden.

Tatsächlich gibt es sogar ein Foto des ehemaligen kosovarischen Premierministers Ramush Haradinaj beim Empfang von zwei Männern in traditioneller Kleidung, die mit derjenigen auf den Wehrmachtsfotos identisch ist. Daraus lässt sich zweifelsfrei schließen, dass diese zehn Fotos in der Balkanregion, genauer: in Albanien oder im Kosovo, aufgenommen worden sind.

Aus den bis jetzt gesammelten Erkenntnissen zeichnet sich, langsam aber immer deutlicher, eine Route ab. Sie führt über Jugoslawien und Rumänien in die Ukraine und die Sowjetunion. In welcher Richtung die von unserem Fotografen begleiteten Soldaten sich bewegten, also ob sie die Sowjetunion angriffen oder sich auf dem Rückzug befanden, ist noch unklar.



Als nächstes werde ich weitere Recherchen zu den Namen auf den Soldatengräbern unternehmen. Hierzu sollten vor allem das Bundesarchiv und der Volksbund nützlich sein. Darüber hinaus werde ich mich intensiv mit den Truppenbewegungen der Wehrmacht im Südosten Europas beschäftigen und sie mit der von mir vermuteten Route abgleichen. Schließlich erhoffe ich mir weitere Aufklärung durch ein Gespräch mit einem Militärgeschichtler aus meinem Bekanntenkreis.



Berlin, den 14. November 2021

An die  
Botschaft der Russischen Föderation  
Unter den Linden 63-65  
**10117 Berlin**

## **Kein Verbot von Memorial International**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den deutschen Medien ist darüber berichtet worden, dass die russische Generalstaatsanwaltschaft die Auflösung des Vereins Memorial International beantragt hat. Wir sind darüber beunruhigt und empört, dass hier offensichtlich die wertvolle Arbeit einer unabhängigen Organisation unterbunden werden soll.

Die Berliner Geschichtswerkstatt ist ebenfalls ein Verein, der seit 40 Jahren ohne staatliche Kontrolle aufklärerische Geschichtsarbeit in vielfältiger Weise durch Ausstellungen, Stadtrundgänge und Stadtführungen, Buchpublikationen etc. durchführt.

Wir halten solche nicht staatlich organisierte und kontrollierte Geschichtsarbeit sowohl für Deutschland als auch für Russland für unerlässlich beim Aufbau und der Sicherung einer demokratischen Gesellschaft. Die Erforschung der Vergangenheit und die Beschäftigung mit ihr darf im Interesse beider Völker nicht eingeschränkt oder behindert werden. Die Tätigkeit, für die Memorial weltweit hochgeachtet wird und die für Russland von großer Bedeutung ist, darf nicht unterbunden werden.

Bitte teilen Sie unseren Einsatz für Memorial den Stellen Ihres Landes mit, die in dieser Angelegenheit etwas zu entscheiden haben.

Mit freundlichen Grüßen  
für den geschäftsführenden Ausschuss  
der Berliner Geschichtswerkstatt e. V.



## Neuerscheinung

Alt, weiblich, gefährlich : OMAS GEGEN RECHTS / Herausgegeben von der Berliner Geschichtswerkstatt e.V. in Zusammenarbeit mit OMASGEGENRECHTS.Berlin. - Berlin, 2021. – 120 S.

Demnächst unentgeltlich in der Berliner Geschichtswerkstatt erhältlich

